

#GIDSstatement 3/2020

Burkhard Meißner

Überlegungen aus Anlass eines Virus

#GIDSstatement | Nr. 3 / 2020 | April 2020 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitiervorschlag:

Burkhard Meißner, Überlegungen aus Anlass eines Virus, #GIDSstatement 3/2020, Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies

Führungsakademie der Bundeswehr

Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 8667 6801

buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Überlegungen aus Anlass eines Virus

Und deshalb entscheiden jetzt die Virologen; die wissen wenigstens ein bisschen, und deshalb haben wir jetzt die Diktatur des Virologiats, und weil die Virologen keine Wirtschaftsexperten sind, bleibt die Wirtschaft auf der Strecke. Vielleicht sollte man auch 'mal die Wirtschaftsexperten entscheiden lassen. Vielleicht bleibt dann das Virus auf der Strecke.

(Dieter Nuhr, „Nuhr im Ersten“, ARD, 26.03.2020, 23:30 Uhr)

Krise?

Für den Zustand unserer Gesellschaft in der Zeit des neuen Corona-Virus hat sich ein Terminus etabliert: „Corona-Krise“. Der Begriff suggeriert einen Prozess, in dem oder an dem sich etwas entscheidet, schnell verändert, und der doch bewältigt und ggf. als dauerhafte Veränderung unserer Verhältnisse anerkannt werden will. Der „Krisen“-Begriff stammt aus dem Vokabular des griechischen Rechtswesens und der antiken Medizin: Die „Krise“ bezeichnet das gerichtliche Urteil ebenso wie metaphorisch in der Medizin die die Richtung Tod oder Genesung einschlagende Phase einer Krankengeschichte. „Krisen“ sind daher entscheidende Teile von Prozessen: Gerichtsprozessen, Prozessen der Gesundung oder Letalität, historischen Prozessen. In Krisen manifestiert sich beschleunigt, was (ggf. unmerklich und im Untergrund) ohnehin abläuft (dazu: Burckhardt 1935: 157–205; Luhmann 1978: 413–440; Koselleck/Tsouyopoulos/Schönpflug 1971; Koselleck 1982; Hösle 1994; Jouet 1984). Die übliche Rede von der „Corona-Krise“ impliziert also zweierlei: (1) es handelt sich um eine Phase, die vorübergehen soll und irgendwann auch vorbei ist; (2) was in dieser Phase passiert, passiert einerseits schnell und unkontrolliert, andererseits aber mit nur einer begrenzten Zahl möglicher Resultate und ist daher in seinen Grundrichtungen immerhin erkennbar.

Diese Rede von der Corona-Epidemie als einer Krise verlangt von den ihr Unterworfenen: Sie haben deren Verlauf unter großem Aufwand zu überstehen und zu bewältigen. Danach ist die Welt einerseits eine andere, eine um zahlreiche Gestorbene, aber auch um materiellen Reichtum, um Freiheiten, Gewissheiten und Hoffnungen ärmere, und zugleich voller Nachwirkungen der Krise auf Gesunde und Gesundete. In einer gewissen Spannung zu diesem Bewusstsein, dass eine solche Krise die Welt nicht unverändert hinterlässt, steht andererseits die aus dem Krisenbegriff und der nur endlichen Zahl möglicher Krisenresultate resultierende, aber paradoxe Hoffnung, die im öffentlichen Diskurs jedoch geradezu als Gewissheit verhandelt wird: dass nämlich diese veränderte Welt sich dennoch möglichst bald als diejenige erweisen möge, die sie vor der Krise auch schon war, und dies womöglich sogar noch reicher, bes-

ser und schöner. Selbst in der periphersten Provinz verkünden Bürgermeister und Lokalreporter, man werde aus der Corona-Krise „gestärkt“ hervorgehen.¹ Diese Verheißung (die ggf. eintreten kann) steht dabei auch im Dienste einer Durchhalte-Rhetorik, die dazu beiträgt, Zuversicht, Disziplin und Duldungsbereitschaft zu stärken, und sie zeigt eine markante Nationalisierung, ja: Lokalisierung der Perspektiven in der Krise an.

Tatsächlich zwingt eine Krise nicht nur zu einer absehbaren linearen Veränderung oder zur Anpassung an eine solche Veränderung, sondern in erster Linie zu in der Krise (und möglicherweise auch nach der Krise) auf andere Weise als vor der Krise ausgewogenen Zumessungen von Ressourcen, Personal, Zeit und zu anders als zuvor aufgelösten Dilemmata: zwischen der Bevorratung von Notreserven (von Schutzkleidung bis zu Hygienebedarf) und der Auflösung vermeintlich überflüssiger Reserven im Interesse von Konsum und Prosperität, zwischen der Effizienz weiträumig internationaler Arbeitsteilung und der Kontingenzfestigkeit überschaubarer Verhältnisse, zwischen der Sorge für die unmittelbare Gegenwart einerseits und deren langfristigen Folgen andererseits, zwischen Investition und Konsum, Freiheitsbedürfnissen und Sicherheitsansprüchen, Interessen einzelner und Gruppen usw.

Risiko

Die dabei zu verhandelnden oder auszumittelnden Gesichtspunkte kann man als verschiedene Risiken oder verschiedene Grade der Sicherheit zueinander in Beziehung setzen: Moderne Sicherheitssysteme vermitteln Sicherheit durch die Streuung von Risiken auf große Flächen, Räume, Zahlen und Zeiten (Luhmann 1991). Um auf diese Weise Risiken effektiv zu streuen und dadurch Sicherheit zu vermitteln, muss man die statistische Natur von Risiko und Sicherheit gar nicht unbedingt verstehen und schon gar nicht berechnen können: Vormoderne Institutionen der Sicherheitsvermittlung funktionierten teilweise durchaus ähnlich und dies ohne eine besondere Einsicht in die statistische Natur von Risiko (und als dessen Relat: Sicherheit), und auch in der Moderne gibt es Institutionen (wie Bündnisse, Staaten, Armeen), die Risiken ohne empirisch ausreichend abgesicherte Verteilungstabellen (Risiko des Atomkriegs im Unterschied zum Sterberisiko) effektiv streuen, begrenzen und so beherrschbar machen.

In vormodernen Gesellschaften gehörten zu den Institutionen, die elementare Risiken durch Streuung und Teilung ihrer Folgen gemeinschaftlich tragbar machten: Bündnissysteme, Normen wechselseitiger internationaler Hilfeleistung, Berufs- und Begräbnisvereine, Monarchen, Staaten und Bundesstaaten, Finanzkonglomerate zur Finanzierung besonderer Risiken in Seehandel und

¹ Z.B.: Überschrift im Schenefelder Tageblatt (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag) vom 30.03.2020: *Bürgermeisterin im Interview: Christiane Küchenhof über die Corona-Krise in Schenefeld: ‚Werden gestärkt aus dieser Zeit hervorgehen‘* (online: <https://www.shz.de/27856412>, zuletzt aufgerufen am 06.04.2020). Stärkung durch Krisen: Meißner 2004.

Staatspacht usw. (Meißner 2015). Moderne Institutionen, von der Versicherung über Finanzfonds, Konzernverbände und Körperschaften bis zu über- und zwischenstaatlichen Institutionen funktionieren, was die Bewältigung von Krisen und Katastrophen anbetrifft, ganz ebenso: dadurch, dass mögliche und wirkliche Lasten über Raum, Zeit und große Zahlen gestreut und gestreckt werden (Favier/Pfister 2007). Dauerhaft effektiv sind dabei solche Institutionen zur Streuung elementarer Risiken, die die Lasten ggf. verschiedener solcher Risiken mit dem Blick auf Reziprozität verteilen, also auf eine gleichmäßige Teilung der Kosten und des Nutzens. Eine solche Institution sind auch Märkte, die, wie alle anderen angedeuteten Institutionen auch, im Lichte der Erfahrungen der Pandemie ggf. umgestaltet und verbessert werden sollten.

Wenn man dabei die Zeit der Pandemie nicht geschichtsmetaphysisch als vermeintlich beschleunigten Krisenprozess, sondern als Katastrophe und als Großschaden betrachtet, dann werden einige Möglichkeiten und Maßstäbe erkennbar, die einen Wiederaufbau oder eine Umgestaltung unserer Institutionen leiten könnten. Diese Maßstäbe sind Gesichtspunkte einer gleichmäßigen Teilung von Schäden und Lasten und einer weiträumigen Streuung der Risiken kurz- und mittelfristig drohender ähnlicher Schäden und Katastrophen. An ihnen orientiert, können unsere Institutionen, internationale Märkte, Staaten u. a. so eingerichtet werden, dass sie künftigen Epidemien besser begegnen können. Diese Gesichtspunkte seien abschließend als Thesen zusammengefasst.

Thesen zur Bewältigung

1. Die Pandemie in China hat nach einer siebenwöchigen Phase der Verschleierung ca. zwei Monate lang Gesellschaft und Wirtschaft zum Stillstand gebracht. Während weiterer zwei Monate wurden langsam Produktion, produktionsnaher Transport und Vertrieb (nicht aber Hochschulen, Theater, Kultur usw.) wieder angefahren. Zur Zeit erwartet man mindestens zwei weitere Monate, bis sich erste Einrichtungen einer raffinierten Kultur wieder betätigen können. Es wäre daher nicht realistisch, mit weniger als sechs Monaten Zeit zu rechnen, bis eine gewisse Normalität auch in Deutschland eintreten kann.
2. Um die Ansteckungsgefahr und um eine Vermehrung der Zahl der Kranken und Toten zu verringern, zwingen alle Staaten ihre Bürger zu Mobilitätseinschränkungen; diese aber verringern die Produktivität und kosten Wohlstand. Zur Kompensation dieser Schäden wird es notwendig sein, die verlangsamte Produktion (Produktivitätsverluste) in der Zeit der Epidemie zu kompensieren. Für längere Zeit wird es zur Beschränkung der Ansteckungsgefahren weiterhin zweckmäßig sein, weiträumige Mobilität auf das wirtschaftlich Notwendige zu beschränken und Schutzmaßnahmen (Mundschutz, Schutzkleidung) vorzusehen; auch könnte Konsumverzicht im Interesse von Investition und Lastenteilung zweckmäßig

sein. Was (neben der solidarischen Teilung der Schäden) aber vor allem kompensiert werden muss, ist die durch die erzwungene Inaktivierung von Gesellschaft und Wirtschaft verlorene Zeit. Daher könnte eine sinnvolle Maßnahme zur Kompensation der Folgen der Corona-Pandemie in einem befristeten Verzicht auf Urlaub und Ferien bestehen: Ohne Urlaub keine Urlaubsreisen, ohne weiträumige Reisen keine weiträumige Ausbreitung der Ansteckung; ohne Urlaubsreisen kein Urlaubskonsum, statt dessen vermehrte Produktion, um die Wohlfahrtsverluste auszugleichen und die Nichtpräsenz auf den Märkten möglichst frühzeitig zu beenden. Wenn die Sommerferien der Schüler entfielen, entfielen auch zahlreiche der organisatorischen Probleme, die sich aus einer Schließung der Schulen und Hochschulen für mindestens einen Monat ergeben: Abiturtermine, Verzug in der Stoffvermittlung usw. Daher wäre es wahrscheinlich zweckmäßig, durch Tarifvertrag auf Urlaub und durch Gesetze auf die staatlichen Ferien sowie den Urlaub der Staatsbeamten zu verzichten bzw. diese deutlich einzuschränken.

3. Eine Ursache der „Krise“ liegt in der engen globalen Verzahnung mit China, einem Land, das zwar souverän über Smartphones, Hochgeschwindigkeitszüge und Atomwaffen verfügt, nicht aber über die bereits im 19. Jhdt. in Europa und Nordamerika üblich gewordene Tier- und Schlachthaushygiene. Das 2019er-Corona-Virus ist nicht die erste Virus-epidemie, die sich aus einer solchen Konstellation ergeben hat (Südchina 2002/2003: SARS; Arabien 2012: MERS; Asien 1957/1958: Asiatische Grippe H2N2; 1968: Hongkong-Grippe; Zentralasien 1889–1895: Russische Grippe). Der globale Austausch wird auch künftig zu ähnlichen Epidemien führen, wenn nicht auch Hygienestandards globalisiert werden. Daher sollte sich Deutschland um eine Harmonisierung und Verbreitung von Hygienenormen bemühen und zugleich auf die Folgen vorbereiten, die ein Misserfolg in dieser Bemühung absehbar nach sich ziehen wird.
4. Diese Asymmetrie der Hygienestandards ist nur ein Spezialfall grundsätzlicherer Asymmetrien zwischen den Beteiligten der sog. Globalisierung: Die Regeln für den Marktzugang, für Zölle, Abgaben und Steuern, für Geschäftserwerb und -gründung sind ungleich; die Bundesregierung sollte sich mit besonderem Nachdruck dafür einsetzen, diese zu harmonisieren und das Prinzip der Reziprozität zur Geltung zu bringen.
5. Aus einer lokalen Epidemie konnte nur deswegen eine globale Pandemie werden, weil es in China möglich war, diese regionale Epidemie über sieben Wochen zu verschleiern, sodass sich die Seuche unkontrolliert ausbreitete: Unter Bedingungen asymmetrischer Standards der Publizität sind auf globalen Märkten Informationen und Risiken asymmetrisch verteilt. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, auch hier eine Harmonisierung herbeizuführen und, da dies auf absehbare Zeit nicht von Erfolg gekrönt sein wird, sich darum bemühen, künftig durch vermehrte Auslandsaufklärung ihren Bürgern die Anpassung an derartige Risiken zu ermöglichen und zu erleichtern. Zugleich sollte sie voraus-

setzen, dass ähnliche Epidemien auch künftig wahrscheinlich sind und dafür Vorsorge treffen durch die Anschaffung von Schutzausrüstung, Atemgeräten, Reserven usw.

6. Verabredeter freiwilliger Lohnverzicht und Lohnzurückhaltung gegen die Garantie des Arbeitsplatzes, der Verzicht auf eine Erhöhung staatlicher Gehälter sowie eine zeitlich befristete allgemeine Steuererhöhung könnten Unternehmen, Staat und Einzelne als sicherheitsvermittelnde Institutionen besser in die Lage versetzen, die finanziellen Folgen der Epidemie solidarisch zu bewältigen.
7. Zu den Risiken, die sich als zu wenig effektiv gestreut erwiesen haben, gehören die Risiken von Lieferausfällen in der globalisierten Ökonomie; diese sollten künftig ggf. breiter verteilt werden; dafür schiene es angezeigt, die Risiken von Lieferausfällen insbesondere lebenswichtiger Güter durch Vorschriften über eine umfangreichere Notbevorratung in die Preise der Produkte mit hineinzunehmen bzw. darin einzupreisen. Zwischen den Staaten der EU und der NATO sollten nach den Erfahrungen mit dem Corona-Virus die Absprachen und Verträge über strategische Reserven auf lebenswichtige medizinische Güter (Medikamente, Schutzausrüstungen) ausgedehnt bzw. im Umfang erweitert werden. Um nicht zu sehr auf staatliche Interventionen zu setzen, sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass internationale Handelsvereinbarungen über die sichere und kontinuierliche Lieferung solcher Güter in Zeiten von Katastrophen und Pandemien getroffen werden.
8. Strategische Reserven, breiter gestreute, lokal kontrollierbarere und auf Reziprozität der Rechte gegründete Beziehungen, insbesondere Geschäfts- und Lieferbeziehungen, dürften künftig auf allen institutionellen Ebenen vernünftigerweise eine größere Rolle spielen, vor allem, wenn es um die Langfristigkeit der Betätigung geht. Dies wird Kosten und Preise treibende Wirkung entfalten und den Konsum absehbar begrenzen.
9. Auch für das Wiederanfahren von Alltag und Austausch sollten Prinzipien der Ökonomie und Verallgemeinerbarkeit gelten: Gerade weil dies teuer, unerprobt und die Teilnahme daran noch nicht jedem einfach möglich ist, sagen beispielsweise manche nach Corona ein Zeitalter digitaler Lehre per Video und Multimedia in Schulen und Hochschulen voraus oder fordern dies geradezu ein. Aber in der bevorstehenden Sommerzeit gut möglich, praktisch wohlerprobt und weniger aufwendig wird wohl eher sein: Lehre unter freiem Himmel und mit Büchern.

Gestärkt werden unsere Institutionen dann und nur dann aus dieser katastrophalen Epidemie hervorgehen, wenn sie nach deren Ende in der Lage sind, die mit ähnlichen Katastrophen verbundenen Aufgaben der Teilung von Lasten, Streuung von Risiken und der Vorsorge besser und routinierter zu bewältigen. Dazu gehört, sich auf derartige Ausnahmefälle als Teil einer normalen globalisierten Erregerwelt einzustellen, aufwendige Vorsorge zu betreiben und Regeln

sowie Institutionen an die Aufgabe, mit Epidemien fertig zu werden, anzupassen. Beatmungsgeräte, Schutzkleidung, Schmerzmittel, Krankenhausreserven: Das alles sollte vorgehalten werden und kostet Geld.

Literaturverzeichnis

- Burckhardt, Jacob (1935), *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Kröner: Leipzig.
- Favier, René/Pfister, Christian (Hgg.) (2007), *Solidarité et assurance. Les sociétés européennes face aux catastrophes (17^e-21^e s.)*, MSH-Alpes: Grenoble.
- Hösle, Vittorio (1994), *Philosophie der ökologischen Krise. Moskauer Vorträge*, C. H. Beck: München.
- Jouet, Françoise (1984), *Le bon usage du mot „crise“. L'emploi du mot crise dans la presse quotidienne nationale*, Institut d'Etudes politiques: Grenoble.
- Koselleck, Reinhart (1982), s. v. Krise, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Klett-Cotta: Stuttgart, S. 617–650.
- Koselleck, Reinhart/Tsouyopoulos, Nelly/Schönpflug, Ute (1971), s. v. Krise, in: Joachim Ritter, Karlfried Gründer und Gottfried Gabriel (Hgg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 4, Schwabe Verlag: Basel (ND Darmstadt 2019), Sp. 1235–1246.
- Luhmann, Niklas (1978), *Geschichte als Prozeß und die Theorie sozio-kultureller Evolution*, in: Karl-Georg Faber und Christian Meier (Hgg.), *Historische Prozesse (Theorie der Geschichte Bd. 2)*, Deutscher Taschenbuch-Verlag: München.
- Luhmann, Niklas (1991), *Soziologie des Risikos*, De Gruyter: Berlin (ND 2003).
- Meißner, Burkhard (2004), *Kriege – Krisen – Katastrophen. Stadtzerstörung und Stadterneuerung in der Antike*, in: Andreas Ranft und Stephan Selzer (Hgg.), *Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne*, Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen, S. 26–53.
- Meißner, Burkhard (2015), *Sicherheit in einer Welt ohne Statistik*, in: Sabine Panzram, Werner Riess und Christoph Schäfer (Hgg.), *Menschen und Orte der Antike. Festschrift für Helmut Halfmann zum 65. Geburtstag*, Verlag Marie Leidorf: Rahden, S. 313–333.